

Volks-Zeitung

Subscription rates: Einzelabonnenten: 120 Mark für 1 Jahr, 60 Mark für 6 Monate, 30 Mark für 3 Monate.

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle. Includes prices for various goods like flour, oil, and sugar.

Trud und Berlin: Rudolf Wolff, Berlin. Includes prices for various goods like flour, oil, and sugar.

Jaspar und Benesch in Paris

Ein Sonntag der Konferenzen - Der belgische und der tschechoslowakische Außenminister bei Poincaré MacDonal verhandelt mit dem belgischen Volschaffer - Belgien und die keine Entente England läßt in Brüssel sondieren

Paris, 28. Januar. (Gen.)

Gestern um 3 Uhr fand am Canal d'Orsay eine Zusammenkunft zwischen Poincaré und Jaspar statt. Poincaré hatte zu gestern abend Jaspar und Benesch gemeinsam zum Essen eingeladen.

Über die Vorgeschichte und Bedeutung der Zusammenkunft von Poincaré und Jaspar macht der Brüsseler Korrespondent des Temps eine Reihe von Angaben. Danach sei die Welle Jaspars nach Paris durchsich in unvorhergesehen gekommen und habe in Brüssel durch die Möglichkeit eines Aufstiegs erzeugt. An gut informierter Stelle erfährt man, die Unterhaltung habe sich in der Hauptsache auf Bernalungsfragen im Nahrungsbereich insbesondere Abrechnungsfragen bezogen.

In diesen Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß Jaspar immer bemüht war, vermittelnd zwischen dem französischen und englischen Standpunkt zu wirken, und man nimmt also an, daß Jaspar die Absicht hatte, sich über die englisch-französischen Beziehungen Poincaré gegenüber zu äußern. Diese Vermutung wird dadurch noch mehr begründet, daß der „Globe Belge“ von diplomatischer Quelle erfahren hat, daß Ramsay MacDonald am Sonntagvormittag eine lange Unterhaltung mit dem belgischen Volschaffer in London, Ramsay MacDonald, über die englische Politik gegenüber dem französischen, insbesondere Belgien, hatte. Der „Globe Belge“ glaubt hierüber mitteilen zu können, daß die auswärtige Politik Belgiens vorläufig nicht geändert werden soll. Der Bericht des Barons Mouchard über seine Unterhaltung mit Ramsay MacDonald dürfte Sonntagabend nachmittags in Brüssel eingelaufen sein, und Jaspar hätte infolgedessen seine beabsichtigte Pariser Reise beabsichtigt.

Paris, 28. Januar. (W. I. B.)

Zu den gestrigen Besprechungen zwischen Poincaré, Jaspar und Dr. Benesch schreibt „New York Herald“: Der Inhalt des Beschlusses, den der belgische Außenminister für überreichliche gemeinsame Belange abgeschlossen hat, seien Verhandlungen darüber gewesen, wie dem Plan der neuen englischen Regierung entgegengekommen werden sollte. Die Reparationsfrage vor den Völkern und zu bringen. Man nehme an, daß Poincaré die Absicht hat, daß Poincaré gegen Dr. Benesch bei einem Dinner mit Jaspar zusammengebracht habe, daß Frankreich sich völlig auf die Länder der kleinen Entente stützen könnten in dem Sinne, daß sie jeden Versuch, den Völkern zum Schiedsrichter in der Reparationsfrage zu machen, entgegenzusetzen. Poincaré betrug sich nach wie vor die diplomatische alten Stills als besten Weg zur Erhaltung des europäischen Friedens. Man erwarte sogar, daß er demnächst wieder eine kleine Entente durch einen Vertrag mit Belgien zu bilden, der durch eine militärische und eine neue Handelskonvention zwischen Frankreich und Belgien ergänzt wird.

London, 28. Januar. (W. I. B.)

Der Brüsseler Berichterstatter der „Times“ schreibt, er habe Grund zu der Annahme, daß die Zusammenkunft zwischen Poincaré und Jaspar in der Hauptsache mit der Orientierung der belgischen Politik zusammenhänge. Er glaube, daß MacDonald die technischen Berichte Belgiens als eine Grundlage zu Erörterungen und zu einer Vereinbarung abgibt. In Brüssel gehe das Gerücht, daß Manningham, der das Vertrauen MacDonalds genießt, vor einigen Tagen nach Brüssel gegangen sei und dort Unterredungen mit verschiedenen hervorragenden Sozialisten einschließlich Benesch gehabt habe, denen er die Absichten MacDonalds auseinandersetze. Wie verlautet, habe Vandervelde Manningham auch zum Premierminister Thomas mitgenommen. Manningham soll sich 24 Stunden in Paris aufgehalten haben, bevor er nach Brüssel ging.

Paris, 28. Januar. (W. I. B.)

Der tschechoslowakische Außenminister hat gestern abend Paris verlassen und die Rückreise nach Prag angetreten.

Friedensführer im englischen Streit

London, 28. Januar. (W. I. B.)

Ein Ausschuss des Komitees des Trade Union Congress schickte dem Parlament den Entwurf eines Gesetzes, das die Besetzung der Arbeitsämter dieses Verbandes eine Besprechung. Der Ausschuss möchte dem Komitee Vorschläge und erlaube dessen Zustimmung zu einer Zusammenkunft mit dem Eisenbahndirektoren. Diese Zusammenkunft hat heute abend stattgefunden.

Paris, 28. Januar. (W. I. B.)

Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Düsseldorf: Den Seiten der deutschen Behörden wurde eine Verfügung des Generalen Degoutte zugestellt, wonach er sich der Inhaftierung der Verordnungen vom 27. Oktober 1923 über den Beamtenabbau nicht widersetzt, sich aber vorbehält, daß

die Anwendung dieser Verordnung durch die Divisionskommandeure sowie durch den kommandierenden General überwacht werde.

MacDonal als außenpolitische Richtlinien Das Verhältnis zu Frankreich.

Paris, 28. Januar. (W. I. B.)

Der Direktor des „L'Asie“ hat eine Unterredung mit MacDonal. Der englische Premierminister sagte: „Man weiß Frankreich die Ruhebefehle vor, die nach unserer Ansicht die Hauptursache der wirtschaftlichen Notlage ist, die heute auf England lastet. Man weiß Frankreich vor, daß es nicht genügend Rücksicht auf die höheren Interessen Europas genommen habe und daß es gar keine Rücksicht auf die belohnten Interessen Englands nimmt. Außerdem wird nach der allgemeinen Ansicht die moralische und finanzielle Unterstützung, die Frankreich den belohnten Nationen für ihre Unabhängigkeitskämpfe angedeihen läßt, einen neuen Krieg unvermeidlich machen. Frankreich entwertet unter Volk, daß sich in aller Welt nicht in der Notwendigkeit befindet, seine militärischen Vorbereitungen zu treffen und neue Allianzen zu suchen.“ MacDonal geht weiter, er wolle nicht von der Verantwortung sprechen, die die Geheimschreiber und die Arbeiter anerkennen müssen gegenüber internationalen Kombinationen, deren Schaden sie nicht nur den belohnten Nationen, sondern auch den eigenen Nationen zufügen. MacDonal erklärt, er glaube nicht, daß die Sachverhältnisse sich in dem engen Rahmen, den man ihnen setzen kann, abwickeln lassen. Die belohnten Nationen sollten auf die Frage, ob im Fall der Wiederkehr der tschechoslowakischen englische Regierung eine Konferenz mit weitergehenden Befugnissen vorgeschlagen werde, antwortete MacDonal, er könne im Augenblick nicht sagen, wenn sich Meinungsverschiedenheiten mit der französischen Regierung ergäben, würde man sie verhindern. Auf die Frage, ob MacDonal der Ansicht sei, daß die deutschen Reparationen aufrichtige Richtlinien und aufrecht gemacht werden könnten, antwortete er, er sei dessen sicher. Auf die fernere Frage, ob die Demokratie bald die reaktionären Parteien in Deutschland beherrschen könne, antwortete MacDonal: „Wir Arbeiter haben die Pflicht, ein Wort zu sprechen, die sowohl in unserer Moral liegt, der heutigen Demokratie den Aufstieg zur Regierung erleichtert, wenn man denn beharrlich eine Politik betreibt, durch die man den deutschen Reparationen in die Hand spielt, dann werden das eine Ergebnis, die Arbeiter zu sehen, eine, den Franzosen, den Engländern und ganz Europa.“ Auf die Frage nach der Meinung MacDonals über die separatistische Bewegung im Rheinland und in der Pfalz antwortete dieser, seine Ansicht sei sehr einfach und sie liege von ganz England. Wenn eine separatistische Bewegung spontan aufsteht, dann geht uns das gar nichts an. Aber wenn diese Bewegung durch eine auswärtige Macht in Szene gesetzt wird, dann sind wir der Ansicht, daß der Friedensvertrag von Versailles verletzt ist, und wir werden uns hier formell weigern, diese separatistische Regierung anzuerkennen, die mit solchen Mitteln eingesetzt worden ist.

Die gestrigen Lenin-Fiern

Zur gleichen Stunde, da am gestrigen Tage die Trauerfeiern des roten Kreuzes über das Territorium der Sowjet-Union rollten, da oben dem roten Flag am Kreuz der entsetzte Körper Lenins in eines der Reigensträße gesteckt wurde, die Opfer der Sowjetischen Revolution bergen, gedachte man in nahezu allen Kapiteln der Welt des toten Mannes, dessen ganze Bedeutung wahrscheinlich erst in Jahrzehnten voll gewürdigt werden kann. Die tschechoslowakischen tschechoslowakischen Reichstages und Landtages veranlaßten gestern der Feiern in den großen Sälen Berlins. Im Großen Schauspielhaus sprach der Landtagsabgeordnete Hugo Ehrlich. Das vor dem dazwischen schiedliche ein Bildnis Lenins. Das Mithras-Dreieck unter Manns Wangen im leuchtenden Feuer, mit dem russischen Trauermarsch ein Diener regierte, ein für die Stunde geschriebenes Gedicht Johannes A. Debes. Die Christian-Cauer-Färe schloß die Kundgebung. Dann ertönte die Internationale, die die etwa 3000 Anwesenden tiefen sangen.

„Das Jahr der Reichstagswahlen.“ Über dieses Thema spricht Oberbürgermeister Otto Ruchte, M. d. M., morgen, Dienstag, 29. Januar, abends 8 Uhr, in der Aula der Elisabeth-Schule, Reichstraße 66, im Rahmen einer öffentlichen Versammlung der Deutschen demokratischen Partei, Bezirksverein Hallesches Tor-Kreuzberg.

Schnelldienst

Bei den Landratswahlen in der Provinz Brandenburg sind die Franzosen keine einzigen Mandate erhalten. Das Wahlergebnis ist im Reich gefestigt worden. Politisch und wirtschaftlich reifen von dem nach Paris. Der japanische Reichsrat hat gestern im Alter von 75 Jahren gestorben. Der Eisenbahnerstreik in England scheint seinen Höhepunkt überschritten zu haben. Japans Oberkriegs- und Handelsverhandlungen zum Abschluss gekommen.

Besseres Wahlrecht!

Wahlgesetz durch den Reichstag oder Volksentscheid O. N. Das gegenwärtige Reichstagswahlrecht wurde auf dem Verordnungswege vor den Wahlen zur Nationalversammlung geschaffen. Die Nationalversammlung hat in puncto Gesetzgebung eine laienhafte Fruchtbarkeit entfaltet, aber zwei entscheidende Gesetze sind weder von ihr noch von dem jetzt in der Agonie liegenden ersten Reichstage der deutschen Republik verabschiedet worden: das Auswärtigenrecht zum Artikel 48 der Verfassung und das neue Wahlrecht. Beide Gesetze sind in der Verfassung vorgeschrieben, beide waren seit 1919 außerordentlich dringlich. Das heute noch die Verhängung eines militärischen Ausnahmezustandes möglich ist, daß es bei der Suspension bestimmter Artikel der Verfassung keinerlei gesetzliche Richtlinien über die Handhabung der Pressefreiheit, die Behandlung der Schulpflichtigen und die Befreiung des Vereins- und Versammlungsrechtes gibt, ist allein auf die strafliche Unterdrückung der nachrevolutionären Regierungen zurückzuführen, die das von der Verfassung in Aussicht gestellte Auswärtigenrecht zum Artikel 48 dem Reichstag noch nicht vorgelegt haben. Der Reichstag seinerseits hat viele Initiativanträge gestellt, aber über diese wichtige Materie, die in allen Krisenmomenten dringende Bedeutung besitzt, ist noch nichts erschienen. Auch dieser Reichstag wird sterben, ohne daß der handlungsunfähige Zustand verschwindet, daß Deutschland in den Ausnahmestunden auf Grund des preussischen Belagerungszustandsgesetzes von 1851 regiert wird. Nicht so schlimm, aber ähnlich peinlich ist der veräuferte Erlass eines neuen Wahlgesetzes. Das Wahlrecht zur Nationalversammlung war ein Experiment und ein Vorbehalt zugleich. Es hatte zur Wahl der Nationalversammlung keine Schlichtigkeit getan. In der Jahren danach zeigte es keine Mängel, es ferner nicht die politische benachteiligung der Reichswähler, die zudem als Parameter der Volkswahl für jedes parlamentarisch regierte Land von ersterer Bedeutung sind. Die letzte Vile führt zur völligen Entwertung des Parteilebens. Es ist ein Widerspruch zu dem von der Verfassung geforderten direkten Wahlrecht. Der Abgeordnete wird heute nicht direkt vom Wähler gewählt, sondern von der Funktionärskonferenz gewählt. Die Zeit seiner Unterwerfung ist für seine Wahl entscheidend. Der Wähler hat auf seine eigenen Einfluss mehr. Er wählt nur die Vile. Noch schwerer sind die verfassungsmäßigen Bedenken gegen die sogenannte Reichsliste. Sie wird gewöhnlich nur von den engeren Parteivorständen aufgestellt. Und wenn der volksparteiliche Wähler in Hinterzimmern des Glaubens war, er wähle mit dem volksparteilichen Stimmentel seinen Beamtensubstanten, so war das ein Verstoß. Mit dem Reichstimm wurde die Reichsliste der Deutschen Volkspartei bedacht, an deren sicherer Stelle Herr Hugo Stinnes stand. In England hat der Wähler die Möglichkeit auch einen Minister im Ministerratsvotum auszuwählen. Kein in der Wahl unterlegener Minister kann im Kabinett bleiben, wenn er nicht in einer Nachwahl ein Mandat erhält. Das ist eine gute demokratische Einrichtung, die die Minister zum tiefen Nützlichhalten mit den Wählern mindigt. Bei uns steht der Minister auf der Reichsliste, oder er wird Spitzenkandidat, seine Wahl ist der Wählerstimme entzogen. Hat er schlecht gewirkt, dann entgibt die Wählerkraft das dem weiteren Vorkandidaten, die gewöhnlich weniger ein Ziel des Ansehens sind. Das gegenwärtige Wahlrecht ist für die verfassungsmäßigkeit und im eigentlichen Sinne unvernünftig. Weich der Himmel, was den „Vorwärts“ veranlaßt man, um für seine Weitererzierung überhastet zu kämpfen. Die Regierung wollte, entsprechend dem Verlangen des Reichsrats, noch vor den Neuwahlen ein Wahlgesetz herausbringen, wobei sie sich allerdings mit dem obstruieren Gedanken trug, es auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zu verordnen. Seine Grundzüge schärfte eine demokratische Korrespondenz folgendenmaßen: „Nach dem Projekt, das von dem Reichsminister des Innern, Dr. Jarres, kommt, bleibt das Repräsentationsrecht aufrechterhalten. Auch die großen Wahlkreise bleiben in ihrer jetzigen Einteilung bestehen, werden aber noch in Intervallkreise aufgeteilt. In jedem Intervallkreis stellt jeder Wähler nur einen Kandidaten auf. Die Stimmen, die auf die einzelnen



